

- Teilen
- Drucken
- Als PDF speichern

[Zurück zur Übersicht](#)
[Pressemitteilung](#)

Förderung nach dem LGVFG (Rad- und Fußverkehr) und dem Bundessonderprogramm „Stadt und Land“

23.12.2021

Land und Bund fördern den Neubau eines Geh- und Radwegs im Landkreis Main-Tauber / Regierungspräsident Wolfgang Reimer: „Ich freue mich, mit einer Förderung von über 574.000 Euro den Ausbau einer klimafreundlichen Mobilität zu unterstützen“



ARochau - stock.adobe.com

Das Land und der Bund unterstützen den Landkreis Main-Tauber beim Neubau eines Geh- und Radwegs von Dietenhan nach Kembach und von Kembach nach Neubrunn mit einer Förderung von über 574.000 Euro.

„Mit dieser Förderung leisten wir einen wichtigen Beitrag zu einer attraktiven, sicheren und klimafreundlichen Mobilität. Ich freue mich, den Landkreis beim Ausbau der Geh- und Radwege unterstützen zu können“, sagte Regierungspräsident Wolfgang Reimer.

Die Bauarbeiten haben am 1. Juli 2021 begonnen und konnten am 1. Oktober 2021 bereits abgeschlossen werden. Der Neubau des etwa 1,2 Kilometer langen Geh- und Radwegs kostet insgesamt rund 659.000 Euro.

Die Fördersumme setzt sich wie folgt zusammen: Mit einer Förderung von rund 73.000 Euro aus dem Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) unterstützt das Land die Maßnahme der Stadt. Das LGVFG ist das zentrale Instrument zur Förderung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur im Land.

Der andere Teil der Förderung in Höhe von rund 501.000 Euro wird über das neue Sonderprogramm „Stadt und Land“ mit Bundesmitteln finanziert. Mit dem Sonderprogramm des Bundes soll mehr Verkehr auf den klimafreundlichen Radverkehr

verlagert werden – auch im ländlichen Raum. Damit setzt der Bund eine weitere Maßnahme aus dem Klimaschutzprogramm 2030 um. Die Finanzhilfen des Bundes sollen für Investitionen in die Fahrradinfrastruktur eingesetzt werden, die die Attraktivität und Sicherheit des Radfahrens erhöhen und zum Aufbau einer möglichst flächendeckenden und getrennten Radinfrastruktur beitragen.

Kategorie:

Abteilung 4 Mobilität Radverkehr Regierungspräsident